



**Von der Freiheit eines Presse­menschen**

Manfred Allenhöfer

Heimat- und Altertumsverein  
Heidenheim an der Brenz e.V.

---

**Jahrbuch**

1993/94

**Jahrbuch 1993/94**  
**des Heimat- und Altertumsvereins Heidenheim an der Brenz e.V.**  
Auszug

**Von der Freiheit eines Pressemenschen**

Manfred Allenhöfer

**Herausgegeben vom Heimat- und Altertumsverein Heidenheim an der Brenz e.V.**

Bearbeitet von Helmut Weimert

© Heimat- und Altertumsverein Heidenheim an der Brenz e.V., 1994, eBook-Version 2025

Alle Rechte vorbehalten

Jeder Aufsatz aus dem Jahrbuch wurde als eBook und PDF aufgearbeitet. Es wurde die Rechtschreibung dieser Zeit belassen. Die Aufsätze sind auf unserer Homepage

<https://hav-heidenheim.de>

zum kostenlosen Download bereitgestellt.

Die neuen Jahrbücher in Buchform werden nur noch in einer kleinen Auflage gedruckt. Die älteren Jahrbücher sind nur noch in wenigen Exemplaren verfügbar. Bei Bedarf bitte beim Vorstand anfragen.

Aus Mangel an Verfügbarkeit der Originalfotografien mussten wir die Bilder aus dem Buch übernehmen, was leider Qualitätsverluste verursacht hat. Sollten wir in irgend einer Weise Zugriff auf die Originalbilder erhalten, werden wir sie ersetzen.

# Inhaltsverzeichnis 1993/1994

Glückwünsche und Gedenken

Vorträge, gehalten beim 6. Heidenheimer Archäologie-Colloquium am 8. Oktober 1993:

Uwe Gross Fundmaterial aus städtischem Zusammenhang – Fundmaterial als Sozialindikator:  
Beispiel aus dem Neckarraum

Gabriele Isenberg Die Stadt als Gegenstand archäologischer Forschung – Versuch einer Definition

Gottfried Odenwald	Viereckschanzen und Grabhügel. Keltisches Erbe auf der Ostalb
Britta Rabold	Archäologische Ausgrabungen in Heidenheim während der 80er und frühen 90er Jahre – Ein Überblick
Bernhard Rüh	Merchelinstetin. Bemerkungen zu den geschichtlichen Anfängen eines verstäderten Dorfes
Erhard Lehmann	Die Buckelquadermauer auf dem Ottilienberg in Heidenheim
Thomas Becker	Baubeobachtungen zum Brenzer Schloß
Peter Michael Sträßner	Flurnamenerkundung am Beispiel von Heidenheim-Aufhausen
Karl Kenntner	Die Kenntner
Karl Müller	Das „Große Landeswappen“ von 1716 an der Kanzel der Schnaitheimer Michaelskirche
Hans-Georg Lindenmeyer	Die Schnaitheimer Mühle (Teil 2)
Siegfried Kastler	Die Großfamilie der alten Zeit – Wirklichkeit oder Wunschbild
Ursula Angelmaier	Carlsbrunnen und Englischer Wald bei Dischingen – Die ersten Jahre
Gerhard Schweier	Die Anfänge der Fotografie in Heidenheim
Günther Paas	Das volkstümliche Turnen des Friedrich Ludwig Jahn und die Turngemeinde Heidenheim von 1846
Hans Smettan	Pollenanalysen im Kühloch bei Herbrechtingen-Bolheim
Angelika Reiff	Die Heidenheimer Lokomotivremise – ein selten gewordenes Dokument der Königlich Württembergischen Staatseisenbahnen
Veit Günzler	Ein Wachtmeister, ein Feldprobst und ihr König – Geschichte(n) eines Briefes
Alexander Usler	Brennende Heimat – Ein Heimatspiel mit Nachklang
<b>Manfred Allenhöfer</b>	<b>Von der Freiheit eines Pressemenschen</b>
Roland Würz	Der Landkreis Heidenheim in der Zeit der großen Verwaltungsreformen in Baden-Württemberg 1968–1975
Wolfgang Heinecker	Mergelstetter Reutenen – Wohngebiet seit 15 Jahren
Wolfgang Hellwig	Der Heimat- und Altertumsverein Heidenheim in den Jahren 1993/94
	Autorenverzeichnis
	Inhaltsverzeichnisse der Jahrbücher 1985 - 1992

# Von der Freiheit eines Pressemenschen

„Preßfreiheit“ in Württemberg und im Heidenheimer Land und das Problem der Zensur –  
auch aus heutiger Sicht

Manfred Allenhöfer

*„Die richtige Geschichte eines Landes kann nur in seiner Zeitung gefunden werden“ (Thomas Macaulay)*

## Pressefreiheit – ein Abstraktum?

*„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.“ GG Artikel 5, Absatz 1.“*

Die Väter des Grundgesetzes haben die Pressefreiheit als ein wesentliches Gut der Demokratie festgeschrieben – wohl wissend, daß sie in der jüngeren Geschichte (auch des 20. Jahrhunderts) keinesfalls selbstverständlich war.

Sie ist ein unverzichtbares Gut einer freien Gesellschaft. Ohne Pressefreiheit gibt es keine Demokratie. Und jede Einschränkung dieses Grundrechts bedeutet eine Einschränkung demokratischer Rechte – mehrere auch aktuelle Beispiele in anderen Ländern dieser Erde belegen das ja.

Das mag als allgemeiner Grundsatz durchgehen – aber Pressefreiheit ist kein Abstraktum, sondern praktizierte tägliche Freiheit. Und sie gilt deshalb nicht nur für journalistische Arbeit an Regierungssitzen.

Entsprechendes gilt auch für Berichterstattung in der Region. Welchen praktischen Stellenwert hat Pressefreiheit hier? Welche geschichtlichen Einschränkungen hat sie erfahren? Gibt es versteckte Formen von Zensur? Welche Arten von Restriktionen gibt es gerade im überschaubaren Raum der Region?

Im folgenden soll nicht nur auf Stationen der Zeitungsgeschichte verwiesen werden und auf Einschränkungen journalistischer Freiheit. Dieser Zeitraum soll eingebunden werden in einen Überblick über die Entwicklung der Presse im Heidenheimer Land und in Württemberg und Stationen der Zensur.

## Die Presse im Lande

Der deutsche Südwesten hat eine überaus lange und reichhaltige Pressegeschichte. Immerhin waren Württemberg und Baden einst die Länder in Deutschland mit den meisten Tageszeitungen: Die hier einstens herrschende Pressevielfalt ist, aufgrund von Konzentrationswellen auf dem Pressemarkt bis in die 70er Jahre, heute gar nicht mehr vorstellbar.

In Württemberg allein erschienen bis zur „Gleichschaltung“ durch die Nationalsozialisten 203 selbständige (!) Tageszeitungen. Im Lande gab es Orte mit bis zu sieben voneinander unabhängigen Zeitungen – und die erschienen z. T. sogar noch zweimal täglich, also in einer Morgen- und einer Abendausgabe.

Für die Zeitungsleser im Raum Heidenheim bedeutete dies 1933: Ihnen standen fünf Tageszeitungen zur Verfügung – der „Grenzbote“, 1849 als „Gränzbote“ gegründet, das demokratisch liberale „Heidenheimer Tagblatt“, die sozialdemokratische „Volkswacht“, außerdem der Gingener „Brenztalbote“ und die Gerstetter Albzeitung.“ Mehr publizistischer Pluralismus war hier nie.

## Die Anfänge

„Zeitung“ meint ursprünglich ja „Nachricht“ – und so waren die ersten Zeitungen gesprochene: Poeten und Prediger der Stauferzeit trugen immer auch Neuigkeiten von Ort zu Ort, von Burg zu Burg. Im späten Mittelalter kommen dann die ersten schriftlichen Zeitungen, etwa in Form von „Briefzeitungen“ bezogen auch von den württembergischen Herzögen.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts erschien die erste gedruckte Zeitung; verbreitet unter Titeln wie „Bericht“, „Geschichten“, „Relation“ u. a. Sie wurden auch auf Märkten vertrieben.

Frie Reichsstädte haben in der Geschichte des Pressewesens im deutschen Südwesten eine wichtige Rolle gespielt. Womöglich wurde bereits 1492 in Ulm eine Zeitung gedruckt – in jenem Jahr also, in dem Kolumbus Amerika entdeckte. Drucker sei ein Johann Schäffler gewesen.

Dieser Schäffler, den Historiker als Verleger, Buchhändler und „Tagesschriftsteller“ bezeichnen, war ein weitgereister und wohl auch gebildeter Mann.

Zensor in jenen Jahren des ausgehenden Mittelalters war in erster Linie die Kirche. Früher schon sorgte sie für Vorzensur – durch das Verbot von Druck und Verbreitung von Druckschriften ohne bischöfliche Approbation.

Den ersten nachweisbaren Zensurvermerk trägt eine 1475 in Esslingen gedruckte Schrift.

Mit der Entwicklung der Drucktechnik, aber auch im Gefolge einer sich immer stärker arbeitsteilig organisierenden Gesellschaft wachsen Anforderungen und Möglichkeiten der Presse.

Geregelt wurde ihre Entwicklung (und Zensur) von den Territorialherrschaften. Die Reichsgesetzgebung beanspruchte zwar das Recht auf Zensur im Rahmen ihres „Bücherregals“ für sich allein; sie konnte sich aber nicht durchsetzen. Mindestens seit 1632 gibt es in Stuttgart eine Zensurbehörde.

Ein wichtiges Datum markiert das Jahr 1785: Da erschien, „mit herzoglich württembergisch gnädigster Genehmigung“, der „Schwäbische Merkur“ in Stuttgart. Herausgeber Dr. Elben gab dem zunächst zweimal wöchentlich erscheinenden Merkur den programmatischen Untertitel „Erzählung der merkwürdigsten und neuesten Staats-, Kirchen-, und Naturbegebenheiten. Nebst Beilagen und Registern“. Die Frequenz erhöhte sich 1787 auf drei, 1793 auf vier Ausgaben jede Woche.

## **Heißsporn Schubart**

Elbens Parallelblatt, die „Schwäbische Chronik“ mit gleich häufiger Erscheinungsweise, wurde freilich in der naheliegenden Freien Reichsstadt Esslingen gedruckt – hier galt die Zensur des Herzogs nicht. Übrigens gab Elben, mit seiner Professur an der Stuttgarter Hohen Carlsschule, 1788 bis 1792 die ersten Vorlesungen in „Publizistik“.

Elben ist in Personalunion alles: Verleger, Herausgeber, Redakteur, Akquisiteur. Er berichtet in eigenen Texten über Ereignisse der Französischen Revolution, der napoleonischen Kriege, der Neugestaltung Europas. Seine Blätter erscheinen unter der Regentschaft des noch weitgehend absolutistisch gesinnten Herzogs Karl Eugen ebenso wie unter König Wilhelm I.

In diese Zeit fällt auch die publizistische Tätigkeit des Christian Friedrich Daniel Schubart, dem die Nachbarstadt Aalen seit einigen Jahren ja einen wohldotierten Preis gewidmet hat.

Schubart hat ab 1774 in den Freien Reichsstädten Augsburg und Ulm die „Deutsche Chronik“ herausgegeben. Schubart mußte später bekanntlich, nach seiner Festnahme in Blaubeuren, auf dem Hohenasperg einsitzen. 1787 begann er mit der Herausgabe seiner Vaterländischen Chronik, die zweimal wöchentlich erschien. Und hier kann man, an einem untypischen Beispiel, wieder einen guten Einblick in Wesen und Funktion von Zensur gewinnen.

In einer Eingabe an Herzog Karl Eugen bat Schubart darum, ihm seine Zensoren namentlich zu nennen. Der Herzog bestimmte daraufhin einen Hofrat und zwei Professoren. Überlastung dieser drei Männer sorgte schließlich dafür, daß das Kollegium der Hohen Carlsschule (in dessen Druckerei, nicht unwichtig, die „Vaterlandschronik“ erschien) die Zensurfreiheit für Schubart beantragte – die dann auch formell und per Dekret zuerkannt wurde.

Doch gab es rasch, unausweichlich bei Schubarts Temperament und Freiheitswillen, Beschwerden und Reklamationen. Nach herzoglicher Anweisung, infolge der Angst vor dem Übergreifen der Französischen Revolution (über die Schubart selbstverständlich engagiert und parteiisch berichtete) und aufgrund der Intervention des (deutschen!) „Auslands“ wird die Zensurfreiheit aufgehoben. Schon zuvor mußte Schubart einige Artikel widerrufen.

Überhaupt sorgte der Herzog für eine restriktive Neuregelung der Presseüberwachung. Auch für Schubart bedeutet das verschärfte Zensur – einen Tag vor Inkrafttreten der Bestimmungen scheidet Schubart aus dem Leben.

Das erste württembergische Zensurgesetz von 1791 führte zu einer Fülle von Affären. 1797 wurde es noch verschärft.

## **Fakten und Mutmaßungen**

Dr. Elben hat für die zunehmende Aktualität seines „Merkurs“ und deren Politisierung gearbeitet. Und Schubart war ja ohnehin ein hochpolitischer Kopf.

Im Deutschland der nachnapoleonischen Ära aber spielte die Presse ohnehin eine gewandelte Rolle: „Politische Zeitungen“ verstanden sich als kritisch und unabhängig reflektierende Organe, waren freilich weiterhin nicht erwünscht.

Unpolitische „Intelligenz-Blätter“, Verkündigungsorgane quasi, durften ab 1830 ohne staatliche Genehmigung erscheinen. Sie verloren aber zusehends an Bedeutung. Immerhin aber nahmen sie sich, wenn auch in bescheidenem Maße, bereits lokaler Berichterstattung an.

Wesentlich für die Geschichte des deutschen Verlags- und Zeitungswesens sind dann die Cottas. Johann Friedrich Cotta (1787 bis 1832) hatte in Paris die Bedeutung, ja Macht der modernen Presse kennengelernt. Er wollte ähnliches für Deutschland auf die Beine stellen – ja er dachte in diesem Zusammenhang sogar schon europäisch. „Etwas kritische Freimütigkeit“ war dabei ausdrücklich intendiert. Als Redakteur wollte er Friedrich Schiller engagieren, der dann aber die Leitung der beabsichtigten „Allgemeinen Europäischen Staatszeitung“

nicht übernehmen wollte.

1789 gründete Cotta seine „Neueste Weltkunde“, wenige Monate später umbenannt in „Allgemeine Zeitung“. Sein Programm, das in seinen Grundsätzen bis in die Gegenwart hineinwirkt, enthält z. B. einen Satz wie diesen: „Immer soll genau unterschieden werden, was zuverlässiges ... Faktum, was bloße Muthmung oder Raisonnement ist“.

Die Trennung von Bericht, Gerücht und Meinung, in manchen neuzeitlichen Medien unangenehm aufgeweicht, gilt gottlob immer noch als eherner journalistischer Grundsatz.

Cottas Zeitung bleibt auch von den Bestimmungen der Zensur befreit (bis 1796!) eine Ausnahme seinerzeit. Wie auch ihre Erscheinungsweise: Von Beginn an gibt es sieben Exemplare pro Woche.

## Die erste Redakteurin

Nach dem Verbot einer Ausgabe 1803 geht Cotta ins bayerische Ausland – nach Ulm. Als Ulm 1810 württembergisch wird, wandert Cotta mit seinem Blatt weiter nach Augsburg.

Bei Cotta arbeitete übrigens auch die erste deutsche Redakteurin, Therese Huber ab 1817 und mit einem Jahresgehalt von 700 Gulden. Sie ist im engen Kontakt mit Leuten wie Ludwig Uhland, Justinus Kerner oder Gustav Schwab u. v. a. 1823 trennte sie sich von Cottas Blatt.

Der Kampf um die Zensur – im Großherzogtum Baden wurde er mit ziemlicher Erbitterung geschlagen. In Württemberg waren die Auseinandersetzungen weniger vehement. Uhland immerhin war nicht der einzige, der sich in der zweiten Kammer des Landes für die Lockerung der strengen Regelungen einsetzte, die auch zur Einstellung von Blättern führte, etwa durch Entzug der Konzession (der Stuttgarter „Hochwächter“ etwa).

## 1848 in Heidenheim

Einschneidendes Datum für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist das Jahr 1848. Und es hat stärker einschneidende Folgen gehabt für die Liberalisierung des Lebens in Deutschland, als oft angenommen wurde (vgl. Beitrag von Veit Günzler in der HNP zum 90. Todestag von Karl Freisleben/„Gedenktag des Monats“).

Nun wird als das „Jahr Null“ für die Zeitungsgeschichte im Heidenheimer Land oft das darauffolgende Jahr angenommen. Doch der 1849 gegründete „Gränz-Bote“ war nicht das erste Blatt in der Region.

Die Anfänge liegen im Jahr der Julirevolution: 1830 ist ja auch ein wichtiges Jahr in der Geschichte der Freiheitsbewegung.

Bis dato war man auf die Blätter aus Stuttgart oder Ulm („Wochenblatt“) angewiesen.

Am 13. Januar 1830 aber erschien in Heidenheim die erste Zeitung: Das selbstverständlich „allergnädigst genehmigte Stadt- und Amtsblatt für den Oberamtsbereich Heidenheim“.

Gewerbefreiheit herrschte noch lange nicht. Wie aber ging nun dieser Prozeß der Genehmigung vor sich – eine Art von Vor-Zensur doch immerhin?

Zuständig war zunächst die Königliche Regierung des Jagstkreises in Ellwangen: An sie hatte sich ein gewisser Gottlieb Friedrich Fack gewandt, der aus Tübingen kam und Sohn eines Kanzleibeamten beim Ellwanger Gerichtshof war.

## Überhaupt erwünscht?

Der erste Schritt der angesprochenen Stelle war die Rückversicherung in Heidenheim: Ist eine Buchdruckerei und, verbunden damit, die Herausgabe einer Zeitung in Heidenheim überhaupt erwünscht? Und die Antwort des Gemeinderates fiel anders aus, als man eigentlich annehmen sollte: Sie war, zurückhaltend formuliert, recht reserviert. Es gebe „in der ganzen Umgegend“ eigentlich schon genügend Druckereien.

Und käme man Facks Ansinnen nach, werde dieser in Heidenheim doch „nur ein unsicheres Auskommen“ haben – „indem ein wöchentlich erscheinendes Intelligenzblatt nicht den gewünschten Ertrag abwerfen“ werde.

Das war nun freilich nicht die pure Selbstlosigkeit, wie auch ein folgender Satz nahelegt: „Für andere Buchdruckergeschäfte (dürfte) der hiesige Ort nicht der geeignetste sein“.

Doch Fack ließ seine Ellwanger Beziehungen spielen – und durfte schließlich seine Druckerei eröffnen.

Sein Stadt- und Amtsblatt erschien wöchentlich; und es war schon im Format einer heutigen Zeitung sehr unähnlich: Das vierseitige Blatt hatte ungefähr die Größe eines heutigen Schulheftes.

Fack war journalistisch nicht weiter interessiert; was sein Blatt an Neuigkeiten enthielt, neben Bekanntmachungen und Anzeigen, schrieb er einfach irgendwo ab. Über das Leben im Heidenheim jener Zeit ist mithin aus dieser Quelle kaum etwas zu erfahren. Ohnehin hatten sich im 2500-Seelen-Ort Neuigkeiten in der Regel rascher herumgesprochen, als ein Wochenblatt reagieren konnte. Drei Jahre später war das erste Heidenheimer Periodikum pleite.

Sein publizistischer Nachfolger war ein Pfarrerssohn, der in Stuttgart die Schriftsetzerei gelernt hatte und ein überzeugter Demokrat war, den die Zeitläufe nicht unberührt ließen: Christian Friedrich Krauß begann 1835 in Heidenheim zu arbeiten; sein Blatt gab er ab 1837 dreimal wöchentlich heraus.

1844 gab er ihm einen neuen Namen: „Der Bote vom Brenzthal“ war ihm auch ein politisches Organ. Geld- und Freiheitsstrafen waren die Folge – Heidenheim hatte seine erste kritische Presse.

Krauß' Stunde kam 1848, als er zu den Männern um Freisleben gehörte. Die gerade erkämpfte Pressefreiheit wurde nun auch genutzt – in jeweils 400 Exemplaren immerhin. Und wie Freisleben, nachdem sich die Reaktion wieder durchgesetzt hatte, auf den Hohenasperg mußte, so Krauß hinter Gitter – mehrfach sogar.

Eine weitere Stufe der Zensur war es, als seinem Blatt die Konzession als Amtsblatt entzogen wurde – man hatte damit ein wichtiges finanzielles Standbein des „Boten“ weggetreten. Krauß gab schließlich auf und verließ Heidenheim.

Im Gefolge der revolutionären Ereignisse schossen überall in Heidenheim Zeitungen aus dem Boden – hunderte. Schlagzeilen und Leitartikel wurden geschrieben im Dienste und oft als Waffe der bürgerlichen Emanzipation: „In der ungewohnten Pressefreiheit“, urteilte ein zeitgenössischer Beobachter, „schlug die bisherige Kriecherei in Revolutionsgeschrei um“.

Die in der Frankfurter Paulskirche tagende Nationalversammlung proklamierte die Pressefreiheit als Artikel 4 der neuen Reichsverfassung. Die württembergische Landesregierung erklärte ihre Zustimmung; die 1819 eingeführte Zensur wurde damit hinfällig.

Doch bald schon diskutierten konservative Kreise über den „Mißbrauch der Presse“ – ein wichtiges antidemokratisches Schlagwort war damit eingeführt. Auch dies eine Waffe.

Im Dezember 1850 wurde in Württemberg eine königliche Verordnung „zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse“ erlassen. Damit kam u. a. die Impressumspflicht: Verlag und Redakteure mußten in ihren eigenen Blättern angegeben werden. Redakteure mußten mindestens 25 Jahre alt sein, im Lande wohnen; und sie durften nicht vorbestraft sein.

Schlimmer kam es 1856, als der Betrieb einer Zeitung wieder von einer persönlichen Konzession abhängig gemacht wurde. Bei einem Vergehen konnte sie sofort entzogen werden. Auch eine hohe Kautions war erforderlich. Politische Zeitungen erhielten gar einen 50prozentigen Zuschlag auf die Postgebühren!

1864 wurde diese Beschränkung aufgehoben. Von nun an wurden keine staatlichen Beschränkungen mehr wirksam.

1874 schließlich trat das für alle deutschen Länder verbindliche Reichspressegesetz in Kraft. Die Zeit der Zensur war damit aber für Deutschland nicht ein für alle mal vorbei.

## Der Gränzbote

Neues Heidenheimer Amtsblatt wurde 1849 der „Gränzbote“, der ja in Giengen gegründet wurde und nach Krauß' Weggang nach Heidenheim umzog.

Gründer waren die Heidenheimer Dr. Christian Meebold, ein Neffe des Textilfabrikanten Gottlieb Meebold (WCM), und W. F. Hehl. In Stuttgart erwarben sie zum günstigen Preis eine Druckereiausstattung. Das ab dem 2. Januar 1849 erscheinende „Volksblatt von der Württembergisch-Bayrischen Grenze“ (so der Untertitel) erschien zunächst in Konkurrenz zu Krauß, setzte sich dann aber rasch durch – weil es, so Albrecht Koberstädt, Chronist der frühen Zeitungsgeschichte im Heidenheimer Land, einfach „die bessere Zeitung“ machte. Und das, obwohl Drucker Hehl und Herausgeber Meebold sich beileibe nicht immer einig waren über die politische Ausrichtung ihres Blattes.

Konkurrenz zwischen Zeitungen war im frühen Kapitalismus ziemlich unverblümt. Und so warf Dr. Meebold z. B. 1851 Krauß öffentlich vor, mit seinem Brenzthal-Boten „die höchsten Güter eines christlichen Volkes zu zerstören“. Dafür spreche „das Verhalten dieses Blattes seit den Tagen des Aufruhrs“ – gemeint war 1848. Krauß' Blatt habe „stets seine Ehre“ darin gesucht, „alles gegen die bestehende Regierung zu thun“.

Hehl starb 1857 an Lungenentzündung. Und an dieser Stelle beginnt die Geschichte der Heidenheimer Druckerdynastie Rees: Hehls Witwe führte die Druckerei zunächst alleine weiter. Später heiratete sie den 1818 in Ludwigsburg geborenen Carl Friedrich Rees, der bald zum Geschäftsführer und verantwortlichen Redakteur des Gränzboten avancierte.

Es soll nun nicht im einzelnen die Geschichte des Gränzboten zwischen 1851 und 1943 aufgelistet werden. Interessant aber ist es, der Frage nachzugehen, welche Rolle die Zensur in diesem für die Pressegeschichte so bedeutsamen Jahrhundert gespielt hat.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang das bereits erwähnte Datum 1874: „Das Reichspressegesetz“ beendete die uneinheitlichen, mehr oder weniger restriktiven Ländergesetze. Zensur fiel weg, auch alle weiteren Präventivmaßnahmen. Beseitigt wurde Kautions- und Konzessionszwang. Verwaltung und Justiz konnten keinen mehr hindern, im Pressegewerbe tätig zu werden.

Doch eine ganz und gar wasserdichte Sicherung der Pressefreiheit war das nicht: Der Gesetzgeber konnte sie

jederzeit mit einfacher Mehrheit einschränken oder aufheben. Und das geschah auch: Bismarck setzte das im „Kulturkampf“ durch und im Ausnahmerecht der Sozialistengesetze. Und auch während des Ersten Weltkrieges gab es wieder Zensur.

In der Weimarer Republik wurde Meinungs- und Pressefreiheit zum Grundrecht. Die Nationalsozialisten suspendierten das dann wieder mit ihrem sog. „Notverordnungsrecht“.

## Das zweite Blatt

In Heidenheim gab es seit 1894 eine zweite Zeitung: Das „Tagblatt“. Gegründet von Buchdrucker Adolf Härten, der bei Rees gelernt hatte, profilierte es sich als das fortschrittlichere Blatt. Es sprach nicht zuletzt die Industriearbeiterschaft an.

In der Felsenstraße gedruckt, setzte es sich insbesondere in der Zeit der Weimarer Republik in offenen Gegensatz zum Grenzboten, der seit 1896 den Untertitel „Heidenheimer Tageszeitung“ trug. Und so gab es praktizierten politischen Pluralismus im Brenztal, zumal ja seit 1867 in Giengen der Brenztal-Bote und von 1878 bis 1929 die „Gerstetter Albzeitung“ erschien, die dann an den Grenzboten verkauft wurde. Nachfolger: Die „Gerstetter Zeitung“, die in einem genossenschaftlich geführten Betrieb erschien.

Daß diese Jahre auch nicht völlig ohne presserechtliche Restriktionen verliefen, belegt ein Beispiel von 1922: Damals erhielt der Grenzbote eine Verbotsandrohung.

Grund war ein Beitrag über Reichsaußenminister Rathenau, der am Tag vor dessen Ermordung erschien.

Auch die Zeitungen untereinander kämpften mit harten Bandagen. So warf etwa das Tagblatt dem Grenzboten öffentlich vor, „die bestehende Staatsform“ anzugreifen und forderte, das Blatt solle seinen Status als Amtsblatt verlieren. Das konnte das Tagblatt freilich nicht durchsetzen.

Unterschiedliche politische und lokale Ausrichtungen waren also gesichert im Heidenheimer Land – bis das Jahr 1933 anbrach. Das war das Ende regionaler Pressevielfalt, die durch fünf Blätter gewährleistet war: In Heidenheim durch Grenzbote (Auflage 7600 Stück), Tagblatt (5000 Stück) und die sozialdemokratische „Volkswacht“ (3400), in Giengen der „Brenztal-Bote“ (2000) und die Gerstetter Albzeitung (600).

## Nach 1933

Wie eng Demokratie und Pressefreiheit zusammenhängen, wußten die Nazis natürlich auch. Und so sorgten sie sofort für die „Gleichschaltung“ der pluralistischen Presse auch im Heidenheimer Land. Was so verharmlosend bezeichnet wird, ist selbstverständlich Zensur. Und zwar eine, die ebenso krass wie konsequent in Kraft gesetzt wurde.

Die erste Pression erfolgte bereits einige Tage vor der Reichstagswahl. Im März 1933 und betraf eine sechste, bislang noch gar nicht aufgelistete Publikation: Die kommunistische Wochenzeitung „Roter Scheinwerfer“ konnte nicht mehr erscheinen, nachdem die Produktionsmittel (v. a. Schreibmaschine und Matrizen) konfisziert worden waren.

Ein paar Tage nach der Wahl betraf es die sozialdemokratische „Volkswacht“ Die Zeitung erschien das letzte Mal am 10. März '33. Sie hatte keine 12 Jahre Bestand so wie das „Tausendjährige Reich“, das nicht nur in Heidenheim die Presse so rasch gleichgeschaltet hatte.

Die Ausschaltung der beiden linken Blätter genügte den Nazis natürlich nicht auf Dauer: Gerade zwei Wochen später wurde das linksbürgerliche „Heidenheimer Tagblatt“ verboten. Daß Widerspruch auch in jenen dunklen Jahren nicht immer ohne Widerhall blieb, zeigte der zielgerichtete Protest des Verlegers Adolf Härten: Nach ein paar Tagen konnte das Tagblatt wieder erscheinen – immerhin noch zwei Jahre lang (bis 30. Juni '35).

Ähnlich erging es auch der Giengener und der Gerstetter Publikation. Die „Albzeitung“ wurde 1933 schon am Erscheinen gehindert; daraufhin erschien, unter der Leitung von Franz Smerdka, der „Gerstetter Kurier“ – bis 1940.

Und Michael Bollinger, Verleger des Brenztal-Boten, schickte ein Protestschreiben wegen der Schließung seines Betriebs an sämtliche Ministerien in Berlin – und seine Zeitung konnte wieder erscheinen, sogar gegen den Willen der Kreisleitung.

Über Franz Smerdka, der 1945 eine bedeutende Rolle beim Aufbau einer demokratischen Presse für die Region spielte, urteilte HNP-Redakteur Heiner Kleinschmidt später: Er habe in und um Heidenheim die Meinungs- und Pressefreiheit hochgehalten, als alle anderen schon längst nicht nur im Geiste, sondern auch körperlich im Gleichschritt mitmarschierten“.

Anders lag der Fall beim Grenzboten: Kurt Rees wurde teileignet. 55 Prozent seines Verlages mußte er abgeben – ohne Entschädigung. Damit regierte ab 1. Juli 1933 die NS-Presse Württemberg GmbH in der Heidenheimer Presseszene.

Aufgrund der politisch gewollten „Marktbereinigung“ stieg die Auflage bis 1937 auf 10.700 Exemplare. 1939 wurde Kurt Rees eingezogen. 1950 erst kam er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück; er verstarb 1954



nach einem tragischen Verkehrsunfall.

Den Druckauftrag für seinen Grenzboten verlor er noch 1943: Die nun umbenannte „Heidenheimer Kreiszeitung“ wurde in Aalen gedruckt – wie auch die erste Tageszeitung nach 1945.

## Nach „Null“

Zensur auch noch nach 1945: Die Militärregierung mußte die Herausgabe von Zeitungen übernehmen; der jeweilige Stadtkommandant übernahm die Vorzensur.

Doch hier stand Zensur im Auftrag, zum Aufbau einer demokratischen Presse beizutragen. Für Heidenheim bedeutete das: Man wollte 1945 wenigstens ein Amtsblatt herausgeben. Doch dafür brauchte man einen politisch unbescholtenen Journalisten und hat ihn in Franz Smerdka rasch gefunden. Er war ein „Demokrat auch in schlimmster Zeit“, urteilte Albrecht Koberstädt in einer Würdigung Smerdkas zu dessen 75. Geburtstag (1979). Smerdka hat später übrigens auch in der Redaktion der HNP mitgearbeitet.

Am 30. Juni 1945 erschien das Heidenheimer Amtsblatt. Es war, wie das ab 3. Januar 1947 herausgegebene Amtsblatt für den Landkreis Heidenheim notwendigerweise „authorized by the Military Government“.

Am 30. Juni 1948 erschien das erste „Heidenheimer Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Heidenheim“. Smerdka meinte zu diesen Jahren im Rückblick: „Nach Aufforderung des Heidenheimer Oberbürgermeisters Dr. Plappert bemühte ich mich, die zeitungslöse Zeit mit einem Amtsblatt zu überbrücken. Das erfolgte vom 30. Juni 1945 bis 30. Juni 1950.“

Nebenher habe ich den ‚Hunger‘ nach Nachrichten durch das Herausschaffen von Zeitungen aus der französischen Besatzungszone stillen helfen“.

Ein Grundsatz für Smerdka in diesen wie in früheren Jahren, auch heute noch ein Grundsatz, den Journalisten sich hinter die Ohren schreiben sollten: „Angst vor ‚hohen Tieren‘ habe ich nie gekannt“.

Die zweite lizenzierte Zeitung in Württemberg war die Schwäbische Donau-Zeitung in Ulm. Noch am 10. November 1945 brachte sie eine Heidenheimer Kreisausgabe heraus. Papier (und nicht nur dieses) war knapp in dieser Zeit. Und so erschienen nur zwei dünne Ausgaben wöchentlich.

Die halbe Leserschaft mußte die SDZ (so heißt die Südwestpresse heute noch in Ulm) 1949 abgeben an die Schwäbische Post in Aalen, die ab 25. Februar 1948 in Heidenheim präsent war.

## Heidenheimer Zeitung

Prof. Dr. Werner Kliefoth, erster Heidenheimer Nachkriegs-OB, erhielt mit Carl Edward Conrads die Lizenz für die erste „Heidenheimer Zeitung“.

Auch eine weitere Persönlichkeit muß an dieser Stelle eingeführt werden: Karl-Heinz Wilhelm, Diplom-Kaufmann, der verheiratet ist mit Hannerose, geb. Rees. Er führte 1951 die Heidenheimer Zeitung mit dem Grenzboten zusammen. Die SchwäPo zog sich nach Aalen zurück.

Auflage der HZ damals: 13.500 Stück. Heute sind es knapp 23.000. Zeitungsvielfalt war längst wieder ein grundlegendes, Bedürfnis im Heidenheimer Land, nach den Jahren verordneten braunen Gleichklangs. Und so gründeten Helmut Braun und Edgar Grueber 1953 die „HNN“, die Heidenheimer Neuesten Nachrichten.

Die HZ druckte seinerzeit auf einer eigenen Rotationsmaschine; auch wurde in Heidenheim eine komplette Ausgabe erstellt. Die HZ war damals eine komplette „publizistische Einheit“, wie man das heute nennt. Die HNN aber orientierte sich nach Göppingen: Bei der dortigen Neuen Württembergischen Zeitung wurde gedruckt, sie erstellte auch den überregionalen Teil. Täglich mußten die Heidenheimer Redakteure Texte und Bilder zum Satz 50 Kilometer weit ins Filstal fahren – eine aufwendige, stressige Angelegenheit. Später erinnerten sich Betroffene freilich nicht ungern an den Aufwand, ergaben sich bei der Fahrt im schmalbereiften Käfer doch allerlei unerwartete Fährnisse. Diese überstanden und jeden Tag ein aktuelles Blatt zustande gebracht zu haben, war den Zeitungsmachern ein tägliches Erfolgserlebnis.

## Zeit der Konzentration

„Konzentration“ – das war in den 60er und 70er Jahren eine der wichtigsten Vokabeln auch im Pressewesen. Und so blieb auch auf Heidenheim nicht ohne Einfluß: 1961 fusionierten HZ und HNN. Und mit der Schwäbischen Donau-Zeitung, der heutigen Südwestpresse, wurde 1962 vereinbart, den „Mantel“, den überregionalen redaktionellen Teil also, in Ulm erstellen zu lassen. Von nun an wurde die HZ auch in Ulm gedruckt. Das Ulmer Kopfblatt „Heidenheimer Volkszeitung“ verschwand,.

Die NWZ hatte nun freilich mit der HNN einen Partner verloren. Und so beschloß man in Göppingen, eine Tochterredaktion in Heidenheim aufzubauen: Die Heidenheimer Neue Presse, die HNP. Und so blieb Heidenheim ein weiteres Mal die Konkurrenz zweier Blätter gesichert.

Das hat sich bis heute erhalten und bewährt; die Leser des Landkreises sind so gut informiert, wie das beileibe

nicht überall selbstverständlich ist. Der Lokalteil beider Heidenheimer Blätter ist überdurchschnittlich umfangreich.

Wem die Berichterstattung oder auch ein bestimmter Berichtersteller nicht paßt er hat eine Alternative. Meinungsvielfalt wird so publizistisch gesichert. Eine Grundvoraussetzung der Demokratie funktioniert hier dank herzhafter Konkurrenz ganz selbstverständlich.

Und das trotz eines einschneidenden Ereignisses in den 70er Jahren: Denn die Göppinger NWZ, Mutter der HNP ja seit 1962, verlor 1974 ihre Selbständigkeit. Sie wurde zur „Tochter“ der Ulmer Südwestpresse. Die aber hatte ja in Heidenheim mit der HZ bereits einen potenten wirtschaftlichen Partner. Und so fand man die spezifische Lösung, die auf dem „Heidenheimer Anzeigenverbund“ basiert: Es erscheinen weiterhin zwei Heidenheimer Tageszeitungen. HZ und HNP machen sich täglich munter Konkurrenz und erscheinen mit jeweils eigenen und eigenständigen regionalen Teilen.

Aber alle nichtredaktionellen Abteilungen wurden zusammengefaßt: Anzeigenabteilung, Vertrieb, Verwaltung etc. Lediglich der Sportteil erscheint in beiden Blättern in identischer Aufmachung.

Der „Mantel“ ist ebenfalls nicht identisch: Bezieht die HZ ihren allgemeinen Teil komplett aus Ulm, so werden die politischen Seiten der HNP in Stuttgart gefertigt.

Der Brenztal-Bote entspricht übrigens vollständig der HZ – mit Ausnahme des „Kopfes“, des Titels also. Schon seit 1969 (8. Juli) besteht hier eine Verlagsgemeinschaft.

## Heidenheimer Pressevielfalt

Zensur, wie sie im historischen Rückblick greifbar war, also offene, autoritäre Einflußnahme, gibt es in der Bundesrepublik keine mehr. Das dient der Demokratie: Es sind Presseerzeugnisse wie zum Beispiel der „Spiegel“, die zwar nicht sehr beliebt sein mögen, die aber für politische und gesellschaftliche Transparenz in unserer Republik sorgen. Die Kontrollfunktion der Presse und weiter gefaßt der Medien ist unabdingbar und darf auch nicht eingeschränkt werden.

Doch wäre es blauäugig, zu behaupten, Journalisten arbeiteten einfach so vor sich hin, unbeeinflußt von irgendwelchen Lobbies oder Pressure groups, keinem irgendwie gearteten Druck ausgesetzt.

Sind nicht womöglich Lokal- und Regionalzeitungen besonders anfällig für Einflußmaßnahmen? Weil hier doch die Betroffenen in nächster Nähe sitzen und sich erkenntlich oder erschrocken zeigen könnten. Und sowieso jeder jeden kennt ...

Klappen wir hier also das Nähkästchen eines Heidenheimer Redaktionsleiters ein Stückchen weit auf und erzählen von den Dingen, wie sie sind.

## Das Pressehaus outen?

Outen wir also die internen Verhältnisse im Pressehaus.

1. Es gibt zwei Redaktionen in Heidenheim (und Giengen), die sehr weitgehend unabhängig voneinander arbeiten. Absprachen über Inhalte oder Tendenzen gib es nicht. Die Tatsache, daß beide Redaktionen unter einem Dach sitzen (räumlich wie ökonomisch), ändert daran nichts. Das verschärft den Konkurrenzdruck eher noch.

2. Beide Heidenheimer Tageszeitungen haben den gleichen Geschäftsführer. Das hängt zusammen mit dem Heidenheimer Anzeigenverbund. Aber am redaktionellen Wettbewerb ist der Verlagsleitung gelegen. Rollen werden dafür jedoch keine vergeben: Dieses Blatt müsse fortschrittlicher, jenes konservativer sein, dieses gewerkschafts-, jenes arbeitgeberfreundlicher usw. Vorgegeben ist den Redakteuren mittels Arbeitsvertrag lediglich, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen.

3. Redakteure der beiden Redaktionen treffen sich häufig bei Terminen; das liegt in der Natur der gemeinsamen journalistischen Sache. Doch trotz aller Berührungspunkte herrscht der Ehrgeiz vor, schneller und informativer zu sein als der Kollege vom Konkurrenzressort. Auch sind Redakteure in der Regel ausgeprägte Individualisten – auch in Heidenheim hocken Redakteure mit sehr deutlich unterscheidbarer Ausrichtung.

4. Zwei Redaktionen bedeutet zwei Redaktionsleiter: Das sind im Heidenheimer Falle zwei unterschiedliche Männer mit unterschiedlichem Herkommen und Selbstverständnis. Sie sitzen bei Verlagskonferenzen häufig nebeneinander, haben aber noch nie eine gemeinsame Redaktionskonferenz abgehalten. Es gibt keine qualitativen oder konzeptionelle Absprachen, wohl aber deutlich unterschiedliche Vorlieben und Schwerpunkte.

5. Ob Staatssekretär oder Schultes, ob Vorsitzende von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften oder Organisationen, ob Firmenbesitzer oder Stammtischbruder Positionen, von denen man von außerhalb Interesse daran haben könnte, Einfluß zu nehmen, gibt es unzählige. Und Versuche der Einflußnahme gibt es auch, direkt über die Redaktion oder indem man die Verlagsleitung einzuschalten versucht – das sei gar nicht abgestritten. Aber als Journalist muß man solchen Druck aushalten. Letztlich entscheiden die Redaktionen, gegebenenfalls in Rücksprache mit der Verlagsleitung.

6. Im Blickwinkel ist immer auch der „einfache Bürger“, der hauptsächlich Leser mithin, als Abonnent der eigentliche Kunde der Redaktion. Seine Bedürfnisse müssen tagtäglich weitestgehend erfüllt werden – Journalismus ist immer auch Dienstleistung. Und die Leser im Kreis Heidenheim haben so viele Ansprüche und Bedürfnisse, daß auch zwei Zeitungen (und dazu noch Regionalradios und andere Printmedien) noch lange nicht alles abdecken. Erinnert sei an 1933 und fünf voneinander unabhängige Tageszeitungen. Doch das läßt sich heute bei weitem nicht mehr finanzieren. Dennoch gilt unverändert: Gesellschaftlichem Pluralismus tragen auch die regionalen Medien aufwendig Rechnung. Zwei Leserbefragungen (HNP und HZ) haben im letzten Jahr versucht, ein klein wenig Klarheit zu verschaffen.

Auch fand unlängst eine „Verbraucher- und Expertenbefragung“ statt u. a. Zum Leseverhalten im Kreis Heidenheim. Durchgeführt von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung, lagen ihre Ergebnisse Ende 1994 vor. Dabei kam die GMA zu einigen hochinteressanten Resultaten: Konstatiert wurden unterschiedliche Einschätzungen der beiden Zeitungen und auch „Imageunterschiede“. Es läßt sich auch aus dieser Untersuchung explizit „die Existenzberechtigung zweier Zeitungen für Heidenheim ableiten“.

7. Die größte Konkurrenz stellt faktisch heute ohnehin die „Nichtzeitung“ dar: Die Zahl der Nichtleser ist in den letzten Jahren nicht geringer geworden. Und die durchschnittliche Lesedauer beträgt 35 Minuten. Der Textteil beider Heidenheimer Tageszeitungen ist so umfangreich, daß wenige vergleichbar große Orte in Württemberg ein größeres Angebot an Nachrichten haben. Und so ist es für einen Journalisten allemale interessanter, darüber nachzudenken, was auch Nichtleser interessiert, als darüber, was einen Leser nicht interessieren soll.

8. Ohne Technik geht nichts. Auf jedem Redakteursschreibtisch steht ein Computer. Demnächst gibt es eine gravierende Systemumstellung. Das bietet den Redaktionen auch neue Chancen.

9. Besonderen Anforderungen ist die Presse 1994 schon dank der vielen anstehenden Wahlen ausgesetzt. Das „Superwahljahr“ hat den Redaktionen viel abverlangt – jedenfalls doch wesentliche Beiträge für unsere Demokratie. Zensur? Findet keine statt. Allenfalls behutsame Einschränkung allzugroßen Wahlkampfrummels.

10. Fazit: Pressevielfalt und damit Informationsfreiheit ist im Heidenheimer Land nicht gefährdet. Statt an Zensur zu denken, ist das Problem eher die gewünschte Offenheit: Möglichst viele Menschen sollen sich schließlich mit ihren Anliegen und Problemen in der Heimatpresse wiederfinden.